



Energiewende-Barometer 2024 der IHK-Organisation

Umdenken ist erforderlich.

 **Gemeinsam Mehr Strom Partnerschaft**

Impressum

Energiewende-Barometer 2024 der IHK-Organisation – Unternehmensumfrage zur Umsetzung von Energiewende und Klimaschutz.

Im jährlichen „Energiewende-Barometer der IHK-Organisation“ sind die Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung zusammengefasst, an der sich in den IHK-Gremien ehrenamtlich engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer sowie weitere Mitgliedsunternehmen der IHK-Organisation beteiligt haben. Ziel des Energiewende-Barometers ist es, eine umfassende Bewertung der Unternehmen bzgl. der Fortschritte der Energiewende und der aktuellen Klima- und Energiewendepolitik zu erhalten.

An der Umfrage haben 3.283 Unternehmen teilgenommen. Die Antworten kommen in diesem Jahr gut zur Hälfte aus der Dienstleistungsbranche (56 Prozent), gefolgt von Industrieunternehmen (23 Prozent), Handel (14 Prozent) und Bauwirtschaft (6 Prozent).

In regionaler Hinsicht kommen die Antworten zu 36 Prozent aus dem Westen, zu 28 Prozent aus dem Süden, zu 19 Prozent aus dem Osten und zu 16 Prozent aus dem Norden Deutschlands. Die Verteilung ist etwas gleichmäßiger als letztes Jahr. Dem Norden werden die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, dem Westen die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, dem Osten die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie dem Süden Baden-Württemberg und Bayern zugerechnet.

Die IHKs gestalten ihre Befragung so, dass ein repräsentatives Stimmungsbild der gewerblichen Wirtschaft vor Ort gebildet wird (branchen-, regionen- sowie unternehmensgrößenbezogene Unternehmensansprache, z. B. über Vollversammlungsmitglieder). Die Aggregation auf Bundesebene erfolgt über eine regionale und branchenbezogene Gewichtung, die auf Beschäftigtenzahlen der Regionen basiert. Alle Daten der Auswertungen sind gewichtete Zahlen. Die Befragung fand vom 10. bis zum 30. Juni 2024 statt.

Copyright	Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.
Herausgeber	© Deutsche Industrie- und Handelskammer Berlin Brüssel DIHK Berlin: Postanschrift: 11052 Berlin Hausanschrift: Breite Straße 29 Berlin-Mitte Telefon (030) 20 308-0 Telefax (030) 20 308 1000 DIHK Brüssel: Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts B-1000 Bruxelles Telefon +32-2-286 1611 Telefax +32-2-286 1605 Internet: www.dihk.de
Redaktion	DIHK – Bereich Energie, Umwelt, Industrie Dr. Ulrike Beland, Dr. Sebastian Bolay
Stand	Juli 2024
Titelbild	© Getty Images, yangphoto
Grafik	DIHK

Inhalt

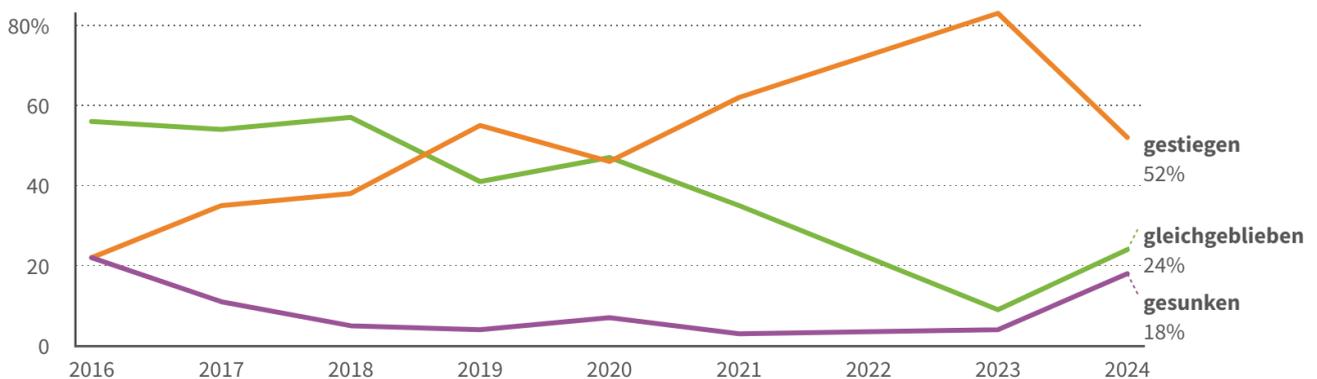
1. Energiewende-Barometer 2024 weiter negativ: Umdenken in der Energiepolitik erforderlich	2
2. Abwanderung: Ausweg für immer mehr Betriebe	5
3. Energiekosten bremsen Investitionen besonders in der Industrie	6
4. Bürokratie und fehlende Planbarkeit als Transformationshemmer	7
5. Erwartungen der Wirtschaft an die Politik: mehr Perspektive, mehr Verlässlichkeit, weniger Bürokratie	9
Energieeffizienz	10
Strom	11
Wasserstoff	13
Emissionshandel	16
Anlage: Fragebogen	17

1. Energiewende-Barometer 2024 weiter negativ: Umdenken in der Energiepolitik erforderlich

Das IHK-Energiewende-Barometer 2024 findet in einem Umfeld statt, in dem die Beschaffungskosten für Strom und Gas zwar gesunken sind. Der Krieg in der Ukraine dauert aber an, Risiken des Klimawandels, z. B. durch Hitzerekorde und Überschwemmungen, nehmen zu und die Energiepreise verbleiben in Deutschland auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau. Für 52 Prozent der Unternehmen sind auch im letzten Jahr die Strompreise noch gestiegen.

Abbildung 1: Für 52 Prozent der Unternehmen sind die Strompreise weiter gestiegen

Entwicklung der Strompreise für Betriebe in den vergangenen 12 Monaten



Mit dem Wegfall der Kernenergie, dem Ausstieg aus der Kohleverstromung, neuen Gaskraftwerken und Unsicherheiten über die künftige Sicherung der Stromversorgung bleibt die Energiefrage längerfristig eine Belastung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Der Aufbau neuer Angebote bei den erneuerbaren Energien und Wasserstoff nimmt an Fahrt auf, aber ist nicht verlässlich.

Haushaltsrisiken bestimmen die politische Diskussion und Energiepreisbestandteile wie die Stromsteuer, der CO₂-Preis und die Netzentgelte werden erwartbar steigen. Dabei kann die von der Bundesregierung Anfang Juli im Rahmen der Haushaltsverhandlungen beschlossene Wachstumsinitiative Erleichterungen schaffen. Die Umsetzung des Programms steht aber noch aus. Angesichts der großen Ausgabenbedarfe und komplizierter Haushaltssituation ist offen, ob es ausreichen wird, die Standortbedingungen in Deutschland merklich zu verbessern.

Die zentrale Frage des IHK-Energiewende-Barometers lautet: Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens? Diese Frage beantworten die rund 3.300 Unternehmen in diesem Jahr weiter skeptisch – nach einer noch nie dagewesenen negativen Einschätzung im letzten Jahr. Über alle Branchen, Betriebsgrößen und Regionen hinweg ergibt sich aktuell ein Wert von minus 19,8 auf einer Skala von minus 100, „sehr negativ“, bis plus 100, „sehr positiv“ (Abb. 2).

Ein Industrieunternehmen aus dem Osten Deutschlands fasst die Stimmung so zusammen:

„Wir brauchen ein Umdenken bei der Energiewende. Nicht Verbote werden es regeln, sondern politische Leitplanken und wirtschaftliche Anreize.“

Abbildung 2: Energiewende-Barometer 2024

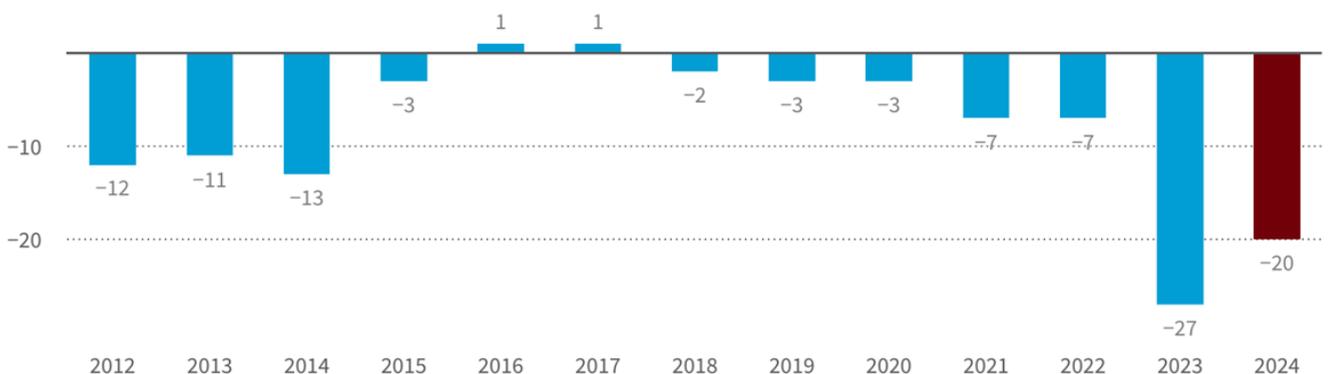


IHK Energiewende-Barometer

Im zeitlichen Vergleich wird deutlich, dass wir uns weiterhin in einer historisch negativen Phase der Bewertung der Energiewende befinden. Viele Jahre lag der Barometerwert bei moderaten Minus- oder schwach positiven Werten. Nie lag er vor dem letzten Jahr schlechter als minus 13 (Abb. 3). Es gab 2023 einen Kipppunkt bei der Einstellung der Unternehmen zur Energiepolitik. Der Krieg in der Ukraine und die Energiepreiskrise haben etwas grundsätzlich verändert.

Abbildung 3: Barometerwert im Zeitablauf

Barometerwert im Zeitverlauf

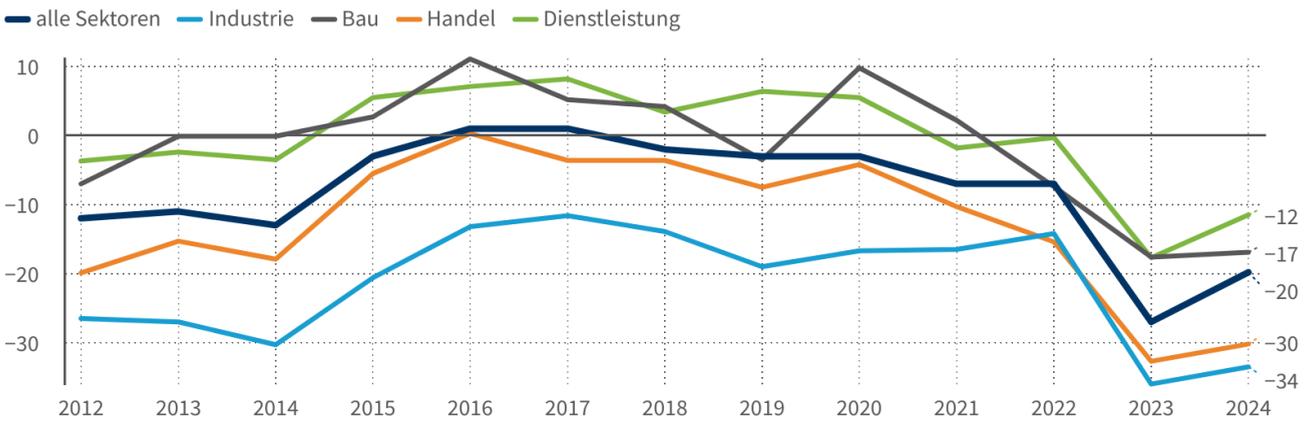


IHK

Im Branchenvergleich zeigt sich deutlich der Kipppunkt 2022/2023 mit Energiekrise und Ukrainekrieg. Alle Branchen-Barometerwerte befinden sich deutlich im Minus-Bereich. Die Dienstleister, die in der Umfrage stark vertreten sind, sind die Treiber des im Vorjahresvergleich etwas weniger negativen Barometerwertes. Die von den Energiepreisen sehr viel stärker betroffenen Industrieunternehmen verbleiben mit minus 34 auf einem besorgniserregenden negativen Niveau und damit nur marginal besser als 2023 (Abb. 4). Die Bauindustrie verändert ihre negative Bewertung gegenüber dem letzten Jahr ebenfalls wenig, was mit den hohen CO₂-Emissionen der Branchen und den hohen Kosten, diese zu vermeiden, zusammenhängt.

Abbildung 4: Energiewende-Barometer im Branchenvergleich

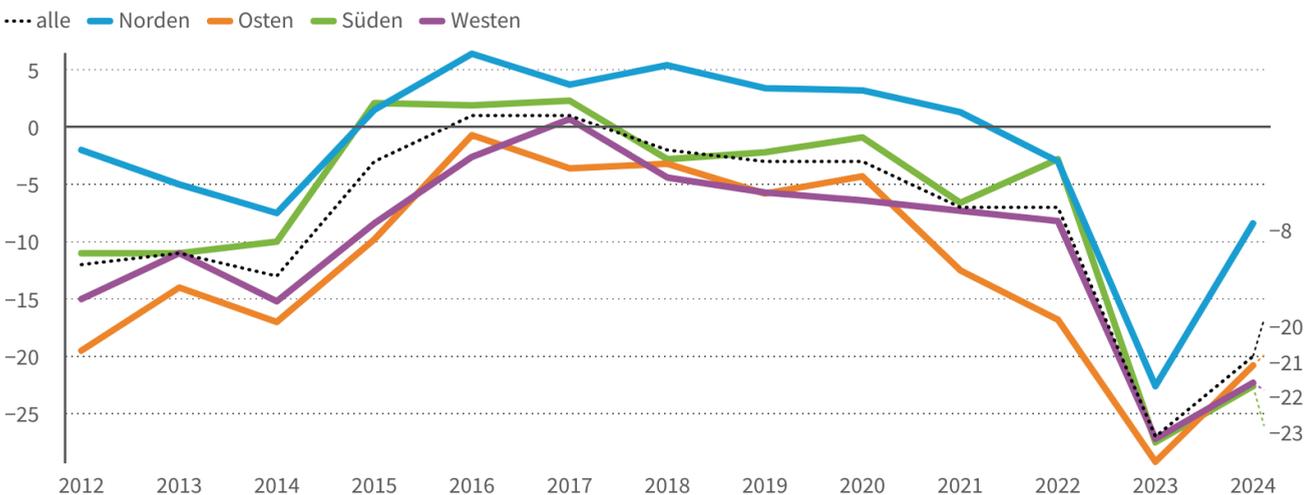
Branchenwerte im Zeitablauf



Im Regionenvergleich (Abb. 5) fällt auf, dass der Norden in diesem Jahr etwas weniger negativ auf die Energiewende blickt als die anderen Teile der Republik. Hier werden die Chancen der Energiewende besonders genutzt. Die Industrieregionen Westen und Süden jedoch ändern ihre negative Vorjahreseinschätzung kaum. In allen Regionen überwiegen die Sorgen über die Energieversorgung und die Standortkosten.

Abbildung 5: Barometerwert nach Regionen

Barometerwert nach Regionen



2. Abwanderung: Ausweg für immer mehr Betriebe

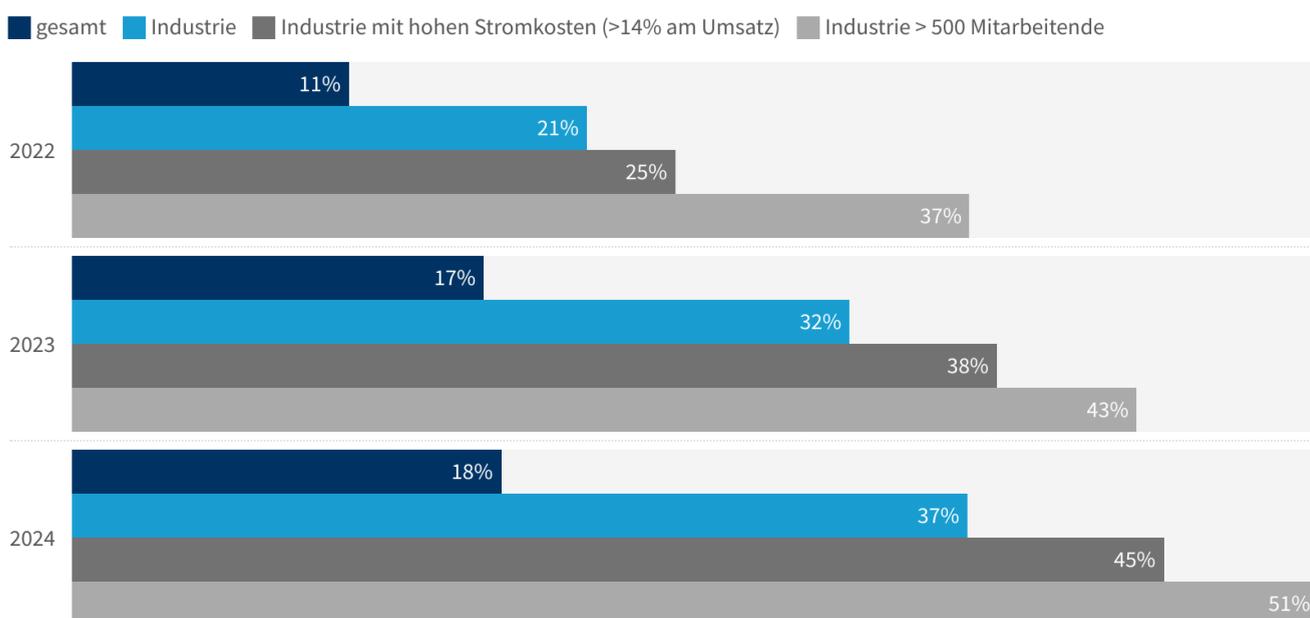
Branchenübergreifend verstärken sich die Pläne zur Einschränkung der Produktion in Deutschland. Bei den großen Industrieunternehmen plant oder realisiert inzwischen sogar über die Hälfte Produktionseinschränkungen oder Verlagerungen. Ein Industrieunternehmen aus Westdeutschland formuliert die Stimmung so:

„Die Deindustrialisierung von Deutschland hat begonnen und gefühlt steuert niemand dagegen.“

Über alle Betriebe denkt zwar „nur“ jedes fünfte oder sechste Unternehmen daran, die Wirtschaftstätigkeit zu reduzieren – entscheidend für den Wirtschaftsstandort Deutschland sind jedoch die Folgen hoher Energiepreise für die Industrieunternehmen. In den Freitexten der Umfrage werden auch positive Reaktionen auf die Energiepolitik genannt wie Klimaschutzinvestitionen. Insgesamt verfestigt aber die diesjährige Umfrage den Trend: Weg vom Standort Deutschland.

Abbildung 6: Maßnahmen in Reaktion auf die Energiepolitik – Abwanderung

Produktionseinschränkung und Abwanderung der Betriebe



So viele Unternehmen planen oder realisieren Einschränkungen der Produktion im Inland oder Verlagerungen ins Ausland als Reaktion auf Veränderungen in der Energiewirtschaft und -politik.

DIHK

Die stark zunehmenden Pläne zur Produktionseinschränkung und -verlagerung und die tatsächlichen Verlagerungen zeigen, dass die energiepolitischen Standortbedingungen für alle Unternehmen in Deutschland inzwischen ein klarer Wettbewerbsnachteil sind. Dies gilt besonders für die Industrie, für die Industriebetriebe mit hohen Stromkosten und für die großen Unternehmen (mehr als 500 Mitarbeiter) z. B. im Maschinenbau und bei der Produktion von Industriegütern. Ein mittelständischer Betrieb formuliert aber auch:

„Wenn es uns organisatorisch möglich wäre, würden wir ebenfalls eine (Teil-)Verlagerung der Produktion ins Ausland durchführen.“ (Industriebetrieb Norddeutschland)

Die [Sonderauswertung der DIHK-Konjunkturumfrage zu Auslandsinvestitionen](#) im Frühjahr 2024 zeigte bereits eine vergleichbare Tendenz: Immer mehr Betriebe investieren mittlerweile im Ausland, weil für sie der Standort Deutschland zu teuer ist. Von den Industrieunternehmen mit Investitionsplänen im Ausland nannten in der Sonderauswertung 35 Prozent Kostenersparnis als Hauptmotiv. Hohe Energiepreise kommen dabei zu anderen Kostenfaktoren wie Arbeitskosten, Fachkräftemangel, aber auch die ausufernde Bürokratie hinzu.

3. Energiekosten bremsen Investitionen besonders in der Industrie

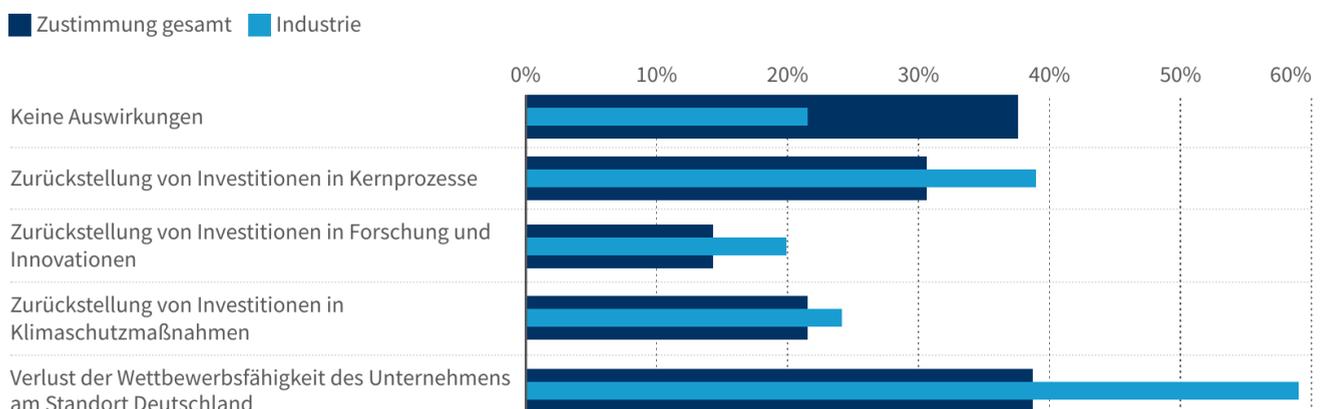
Die negativen Auswirkungen der Energiepreise auf die Investitionsfähigkeit liegen auf einem hohen Niveau (Abb. 7). Alle Investitionsbereiche – Klimaschutz, Forschung und Innovation sowie die betrieblichen Kernprozesse – sind von Einschränkungen betroffen. Besonders in der Industrie werden Investitionen zurückgefahren. Ein Industrieunternehmen aus dem Westen formuliert:

„Dringender Bedarf der Überarbeitung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen mit dem Ziel, Investitionen und Technologieoffenheit zu fördern sowie die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland zu erhalten.“

Problematisch sind ausbleibende Investitionen in Kernprozesse, d. h. zentrale Ersatz- oder Erweiterungsinvestitionen. Das führt mittelfristig zum Zurückfahren einer Produktion oder zu Investitionen im Ausland und zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit. Prekär ist auch das Zurückstellen von Klimaschutzinvestitionen, das sich dieses Jahr verstärkt. Ohne Investitionen ist die Energiewende nicht zu schaffen. Immerhin sieht ein Drittel der Unternehmen keine Auswirkungen – in der Industrie aber nur ein Viertel. Zwei Drittel sehen die Wettbewerbsfähigkeit insgesamt in Gefahr.

Abbildung 7: Auswirkungen der hohen Preise für Energie auf Investitionen?

Auswirkungen der hohen Preise für Energie auf Investitionen



Fragestellung: Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der hohen Preise für Energie auf Investitionen? Die höheren Ausgaben aufgrund der Stromkosten und/oder Gaspreise führen insgesamt zu: (Mehrfachnennungen möglich)



Zumindest die Investitionen in Forschung und Innovation sind etwas weniger betroffen. Aber auch hier fahren 20 Prozent (Industrie) bzw. 14 Prozent (Gesamtwirtschaft) ihre Investitionen zurück.

4. Bürokratie und fehlende Planbarkeit als Transformationshemmer

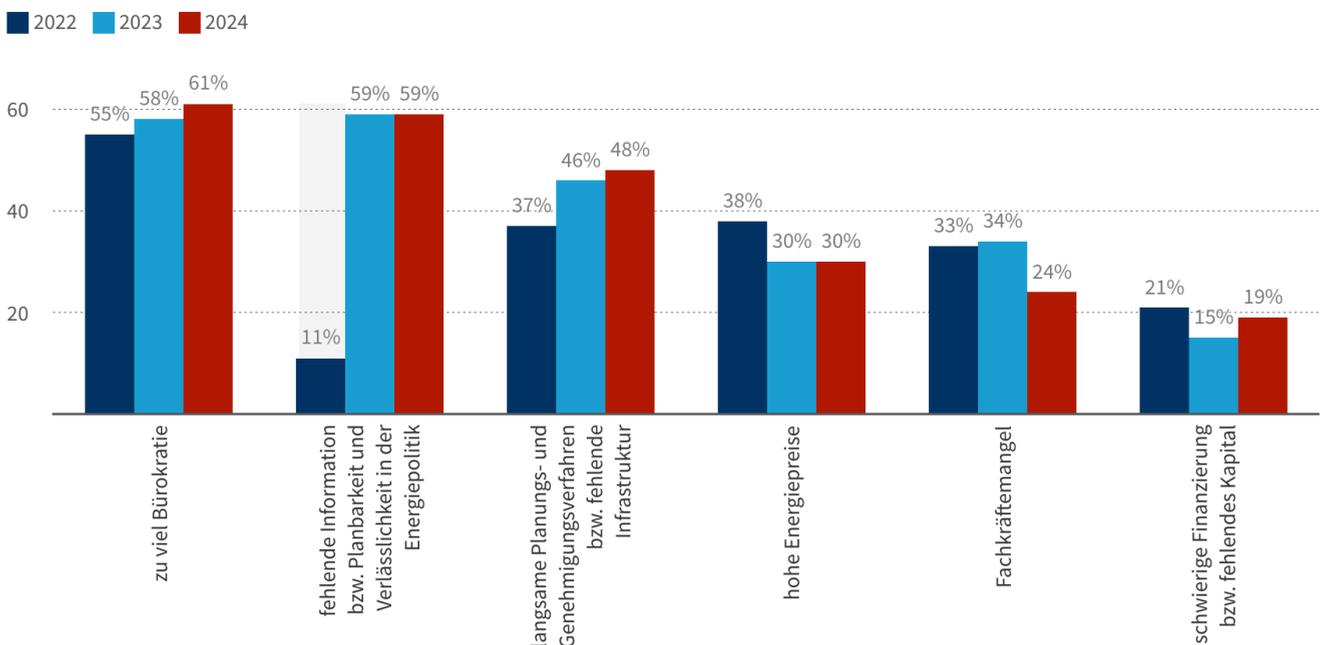
Bei den Transformationshemmnissen zeigt sich dieses Jahr ein deutliches Ergebnis: zu viel Bürokratie rückt an die erste Stelle der Transformationshemmnisse (Abb. 8). Die explizit genannten Defizite reichen von fehlender Kompetenz in den Ämtern über fehlendes einheitliches europäisches Vorgehen bis zu einer stetig steigenden Flut von Regulierungsnormen und damit einhergehenden Dokumentationsanforderungen. Formuliert wird:

„Statt vorwärtszugehen und Investitionen im Inland attraktiv zu gestalten, wird die Bürokratie immer ausufernder.“ (Westen, Industrieunternehmen)

„Bürokratie wie die CSRD-Berichtserstattung, das Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz etc. bremsen uns massiv aus! Wir müssen viel Zeit und Geld in diese Themen stecken, dass wir für Projekte in diesen Bereichen deutlich besser investieren könnten.“ (Süden, Industrieunternehmen)

Abbildung 8: Hindernisse bei der Transformation

Hindernisse bei den Transformationsbemühungen für mehr Klimaschutz



2022 wurde in der zweite Kategorie eine andere Fragestellung verwendet: "fehlende Information/Beratung"

An zweiter und weiterhin sehr prominenter Stelle stehen bei den Transformationshindernissen fehlende Information und Planbarkeit. Die Vielzahl neuer Vorschriften und Regulierungen und die Hektik der Gesetzgebung spiegeln sich in diesen Antworten wider.

An dritter Stelle der Transaktionshemmer stehen langsame Planungs- und Genehmigungsverfahren bzw. fehlende Infrastruktur. Hier erfahren die Unternehmen sehr konkrete Hemmnisse bei ihren Bemühungen um Transformation. Beispiele:

„Die Inbetriebnahme einer 600 kW Peak Fotovoltaikanlage unseres Unternehmens wurde durch die schleppende Bearbeitung des Netzbetreibers über 12 Monate ausgebremst. Das ist Energiewende made in Germany“ (Westen, Dienstleistung)

„1,4 Megawatt Anlage hat 1,5 Jahr gedauert nach Fertigstellung bis sie trotz funktioneller Abnahme die nötige Genehmigung, Anlagenzertifikat etc. hat, um dann ans Netz zu gehen. Ein Unding der Bürokratie und bei weitem kein Einzelfall.“ (Norden, Handel)

„Nach 2 Jahren immer noch fehlender Strom- und Gasanschluss an zweiter neu gebauter Niederlassung.“ (Osten, Industrie)

Die drei Faktoren „hohe Energiepreise“, „Fachkräftemangel“ und „schwierige Finanzierung“ werden etwas weniger als Hemmnis angesehen. Allerdings konnten in dieser Frage auch nur drei Haupthindernisse angekreuzt werden. Und die Einschätzung hoher Energiepreise als Transformationshemmnis hängt stark von der Betroffenheit ab. Bei energieintensiven Industrieunternehmen gehören hohe Energiepreise mit 56 Prozent Zustimmung zu den drei wichtigsten Hemmnissen – wichtiger als langsame Genehmigungsverfahren. Manche Unternehmen erwähnen, dass hohe Energiepreise für sie auch ein Transformationsbeschleuniger sind.

5. Erwartungen der Wirtschaft an die Politik: mehr Perspektive, mehr Verlässlichkeit, weniger Bürokratie

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Eigenversorgung und Direktlieferverträge steht in diesem Jahr ganz oben auf der Agenda der Unternehmen. Dies ist Ausdruck des großen Interesses, klimaneutral und unabhängig von schwankenden Marktpreisen zu werden. Es zeigt aber auch den Wunsch, die Chancen der Energiewende zu nutzen und unabhängiger von politischen Entscheidungen zu werden.

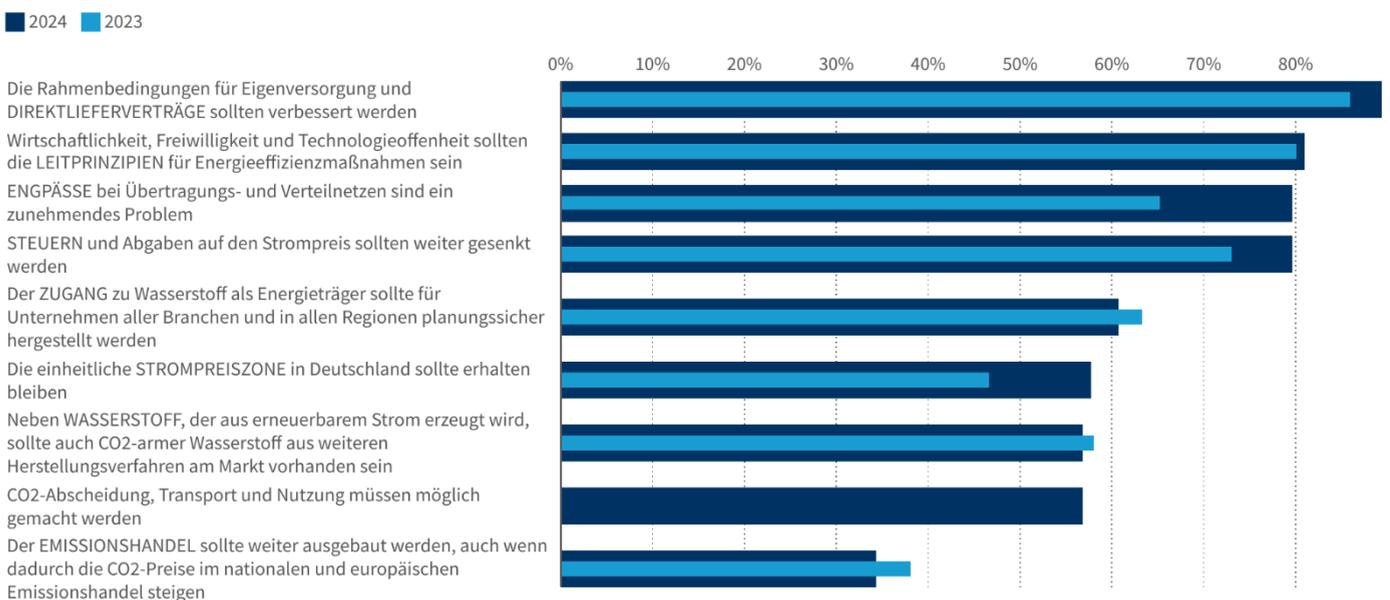
Weitere drei Themen finden explizite Zustimmung von rund 80 Prozent der Unternehmen:

- Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit sollten die Leitprinzipien für Energieeffizienzmaßnahmen sein,
- Engpässe bei Übertragungs- und Verteilnetzen sind ein zunehmendes Problem, das durch eine stabile Energieversorgung gelöst werden muss, und
- Steuern und Abgaben auf den Strompreis sollten weiter gesenkt werden (Abb. 9).

Der Handlungsbedarf bei Engpässen in den Stromnetzen hat dabei besonders an Dringlichkeit zugelegt gegenüber dem letzten Jahr.

Abbildung 9: Zustimmung zu politischen Maßnahmen

Zustimmung zu politischen Maßnahmen



Fragestellung: "Inwieweit stimmen sie den folgenden politischen Maßnahmen zu, um Energiewende und Klimaschutz sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten?" Die Kategorien „Stimme voll zu“ und „Stimme eher zu“ wurden in der Auswertung zusammengezählt. CO2-Abscheidung wurde 2023 nicht befragt.

Auffällig sind zwei weitere Änderungen gegenüber dem Vorjahr: Die Zustimmung zu einer einheitlichen Strompreiszone hat deutlich zugenommen und die Zustimmung zum Emissionshandel hat eher abgenommen.

Zu den politischen Maßnahmen im Einzelnen:

Energieeffizienz

Fast 90 Prozent der Industrieunternehmen und mehr als 80 Prozent aller Unternehmen fordern inzwischen, dass Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit die Leitprinzipien für Energieeffizienzmaßnahmen sein sollten (Abb. 10). Freiwilligkeit sollte vor Detailregelung gehen. Oder, wie ein Dienstleister aus dem Westen es formuliert:

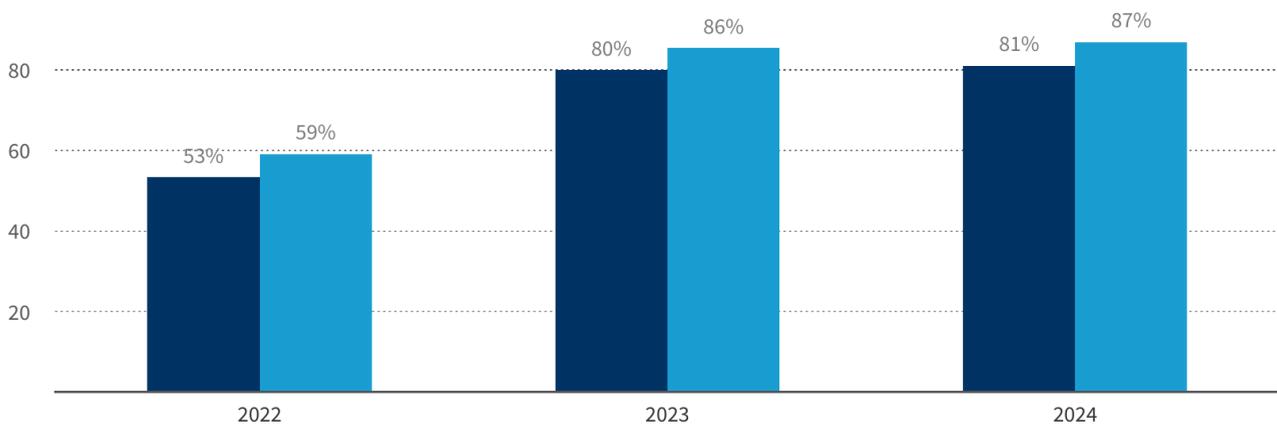
„Der Wille zur Vermeidung von CO2 Emissionen ist bei den meisten Unternehmen vorhanden. Zur Erreichung der Ziele sollten Empfehlungen im Gesetz genügen.“

Davon ist die Bundesregierung mit dem Energieeffizienzgesetz weit entfernt. Auch das neue Wachstumspaket der Bundesregierung enthält hierzu keine Erleichterungen.

Abbildung10: Empfehlungen zu Energieeffizienz und Flexibilität

Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit sollten die Leitprinzipien für Energieeffizienzmaßnahmen sein

■ Zustimmung insgesamt ■ Zustimmung Industrie



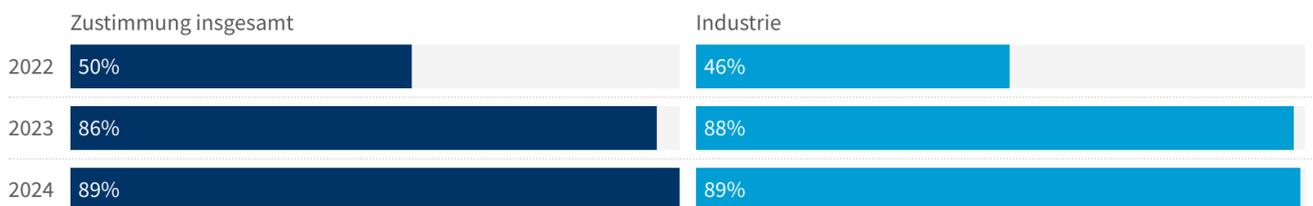
Strom

Eigenversorgung:

Verbesserungen bei Eigenversorgung und Direktlieferverträgen werden für alle Unternehmen immer wichtiger. Neben der Industrie ist das Thema der Eigenversorgung mittlerweile auch im Handel und bei den Dienstleistern klar auf der Agenda. Die aktuellen Beschlüsse der Bundesregierung in der Wachstumsinitiative setzen bei den erneuerbaren Energien mehr auf Investitionsförderung und Vermarktung. Das ist ein erster richtiger Ansatz.

Abbildung 11: Eigenversorgung und Direktlieferverträge

Rahmenbedingungen für Eigenversorgung mit erneuerbaren Energien und Direktlieferverträge sollten verbessert werden



DIHK

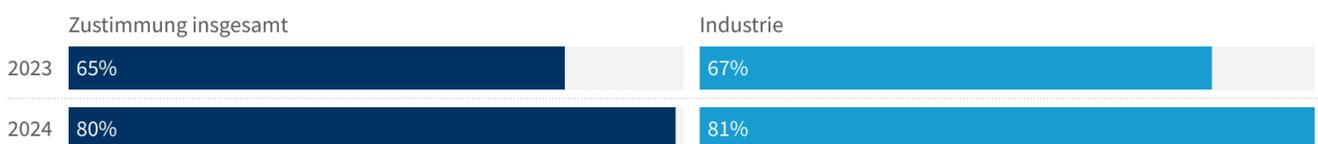
Netze:

Wie schon eine DIHK-Kurzumfrage [„Betriebe verzeichnen hohe Zahl an Stromunterbrechungen \(dihk.de\)“](https://www.dihk.de/aktuelle-umfragen/betriebe-verzeichnen-hohe-zahl-an-stromunterbrechungen) aus dem Frühjahr 2024 gezeigt hat, erleben viele Betriebe Probleme durch Stromunterbrechungen. Die Stabilität der Energieversorgung wird im diesjährigen Energiewende-Barometer von allen Unternehmen als wichtig angesehen, nicht nur von der Industrie: 80 Prozent der Unternehmen insgesamt und etwas mehr in der Industrie stimmen der zunehmenden Bedeutung einer stabilen Energieversorgung zu (Abb. 12). Ein Unternehmen aus Süddeutschland formuliert dies so:

„Stabilität in der Energieversorgung muss oberste Priorität haben, noch vor den Kosten. Ohne Strom funktioniert nichts.“

Abbildung 12: Engpässe bei Übertragungs- und Verteilnetzen

Engpässe bei Übertragungs- und Verteilnetzen sind ein zunehmendes Problem, das durch eine stabile Energieversorgung gelöst werden muss



Schon unsere Kurzumfrage im Frühjahr 2024 hat gezeigt, dass mehr erneuerbare Energie mehr Netzbelastung bedeutet, wenn der Netzausbau nicht Schritt hält. Und auch sensiblere Technik bedeutet mehr Anfälligkeit für Netzschwankungen. Die Bundesregierung muss darauf reagieren. Nach dem Abschalten der letzten Kernkraftwerke und dem geplanten Ausstieg auf der Kohle wird der Bedarf für eine stabile Stromversorgung immer größer.

Steuern und Abgaben:

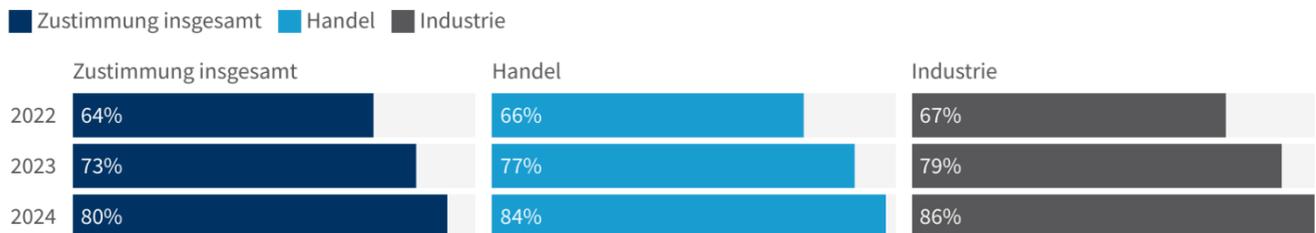
Branchenübergreifend plädieren Unternehmen dafür, Steuern und Abgaben auf den Strompreis zu senken. Zwar wurde die Stromsteuer für die Industrie gesenkt, aber das reicht noch nicht aus. Mehr als vier von fünf Industriebetrieben plädieren für weitere Entlastung. Unternehmen aus anderen Branchen, wie beispielsweise die Händler, sehen in gleichem Ausmaß eine zu hohe Belastung durch Steuern und Abgaben.

Es geht dabei auch um Netzentgelte und Bürokratie, wie ein mittelständisches Industrieunternehmen aus dem Westen feststellt:

„Die Wettbewerbsfähigkeit und vor allem gleiche Voraussetzungen wie in anderen EU-Mitgliedstaaten müssen wieder gegeben sein. Auch wenn der Strompreis selbst ähnlich hoch zu sein scheint, sind vor allem Netzentgelte, Steuern usw. sowie auch der Bürokratiewahnsinn um das Thema Strombeschaffung und Berichterstattung eine unzumutbare Belastung für KMU.“

Abbildung 13: Maßnahme: Steuern und Abgaben auf den Strompreis sollten weiter gesenkt werden

Steuern und Abgaben auf den Strompreis sollten weiter gesenkt werden



DIHK

Dass die Bundesregierung in ihrem Maßnahmenpaket zum Haushalt Maßnahmen zur Stabilisierung der Netzentgelte ankündigt, ist richtig; dass sie die Stromsteuersenkung für das produzierende Gewerbe dauerhaft verlängern will, schafft Verlässlichkeit. Dass Handel und Dienstleistung weiterhin ausgeschlossen sind, bleibt problematisch.

Strompreiszone

Abbildung 14: Einheitliche Strompreiszone

Die einheitliche Strompreiszone in Deutschland sollte erhalten bleiben



DIHK

Weiterhin fordern einen Erhalt der Strompreiszone insbesondere die Unternehmen aus dem Süden Deutschlands mit zwei Dritteln Zustimmung. Im Norden Deutschlands sprechen sich inzwischen aber auch fast 40 Prozent für den Erhalt einer einheitlichen Zone aus (Abb. 14). Vor dem Hintergrund einer verlässlichen Preissituation erklärt sich die steigende Zustimmung: Die Teilung der Strompreiszone Deutschland/Luxemburg würde zu neuen Unwägbarkeiten führen.

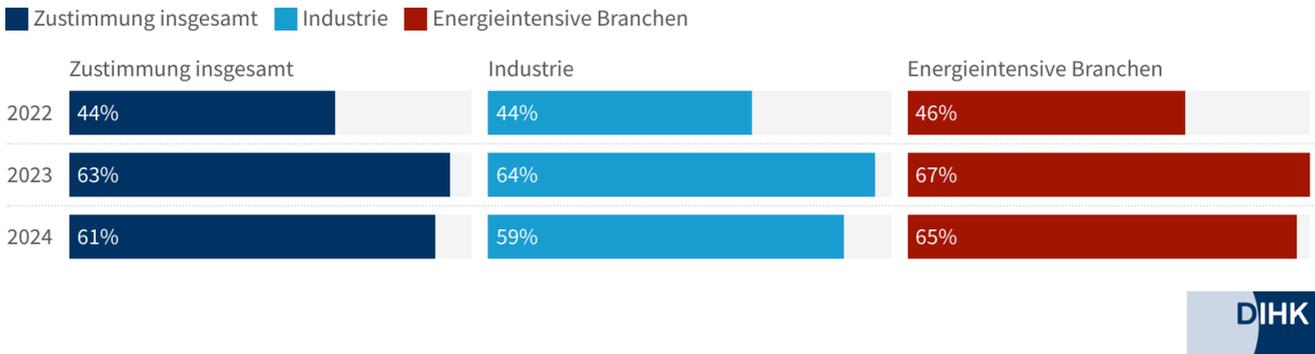
Wasserstoff

Zugang zu Wasserstoff:

Der Zugang zu Wasserstoff als Energieträger ist in allen Regionen und allen Branchen von hoher Bedeutung. Fast zwei Drittel der Unternehmen forderten im letzten und fordern in diesem Jahr hier Planungssicherheit (Abb. 15). In den energieintensiven Branchen ist der Bedarf überdurchschnittlich hoch. Allerdings sinken die Zustimmungswerte etwas vom letzten auf dieses Jahr.

Abbildung 15: Zugang zu Wasserstoff

Der Zugang zu Wasserstoff als Energieträger sollte für Unternehmen aller Branchen und in allen Regionen planungssicher hergestellt werden



Sicher ist, dass das Wasserstoffkernnetz einen Teil der Regionen nicht erreichen wird. Auch wann Kernnetz und Verteilnetze in Betrieb gehen, ist noch offen. Viele Unternehmen werden keinen direkten Zugang zu den Netzen bekommen. Gleichzeitig ist die dezentrale Wasserstofferzeugung am Betriebsgelände teuer und für viele Unternehmen ohne staatliche Unterstützung finanziell nicht tragbar. Die (auch in der Zukunft) hohen Preise machen Wasserstoff wenig wettbewerbsfähig, insbesondere für Unternehmen, die energieintensiv sind.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich Skepsis auch in den Freitexten der Umfrage. Sie reichen von:

„Emissionsarmer Wasserstoff ist ein knappes Gut und sollte ausschließlich dort eingesetzt werden, wo es keine emissionsarmen Alternativen gibt“ (Dienstleistung, Westen)

bis zu

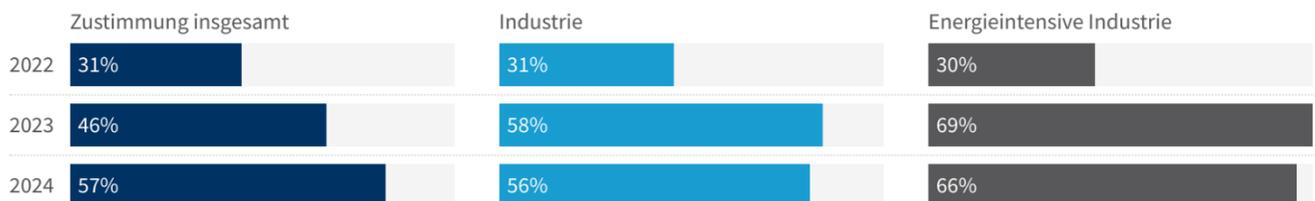
„Betrachtungen zu Wasserstoff halte ich für rein hypothetisch, da in absehbarer Zeit kein Wasserstoff als wettbewerbsfähiger Energieträger zur Verfügung stehen wird“ (Industrie, Osten).

„Nicht-grüner“ Wasserstoff:

Ohne Wasserstoff aus konventioneller Energie, insbesondere blauer Wasserstoff aus Gas in Kombination mit CO₂-Abscheidung und Speicherung wird ein Hochlauf des Angebots an Wasserstoff schwierig. Ohne klare und stabile Rahmenbedingungen werden Investitionen der Unternehmen in wasserstoffbasierte Technologien verzögert.

Abbildung 16: Wasserstoff aus weiteren Herstellungsverfahren

Neben Wasserstoff, der aus erneuerbarem Strom erzeugt wird, sollte auch CO₂-armer Wasserstoff aus weiteren Herstellungsverfahren am Markt vorhanden sein



Vor diesem Hintergrund plädieren etwa zwei von drei Unternehmen für ein breites Angebot an Wasserstoff, auch aus „nicht-grüner“ Herkunft.

CO₂-Abscheidung, -Nutzung und -Speicherung:

Besonders in der Bauindustrie, aber auch in den energieintensiven Branchen wie Glas, Chemie und Stahl, wird eine breite CO₂-Abscheidung, Nutzung und Speicherung (Carbon Capture and Utilization/Storage, CCU/S) als notwendig angesehen. Denn bei der Zementherstellung fallen z. B. im Herstellungsprozess unvermeidbare CO₂-Emissionen an, so dass der Betrieb nur durch Abspaltung und Speicherung klimaneutral werden kann. Bisher ist in Deutschland in der Carbon-Management-Strategie nur die Speicherung auf See vorgesehen, es sei denn, die Bundesländer beschließen für ihr Land eine Speicherung an Land. Das gibt zu wenig Rechtssicherheit für die emissionsintensive Industrie. Auch in der Breite der Wirtschaft stimmt über die Hälfte der Unternehmen dafür, eine CO₂-Nutzung möglich zu machen.

Abbildung 17: CO₂-Abscheidung, Transport und Nutzung

CO₂-Abscheidung, Transport und Nutzung müssen möglich gemacht werden



Vereinzelte kritische Stimmen halten sowohl die Wasserstoff- als auch die CCU/S-Technologie für noch zu teuer, so ein Industrieunternehmen aus Süddeutschland:

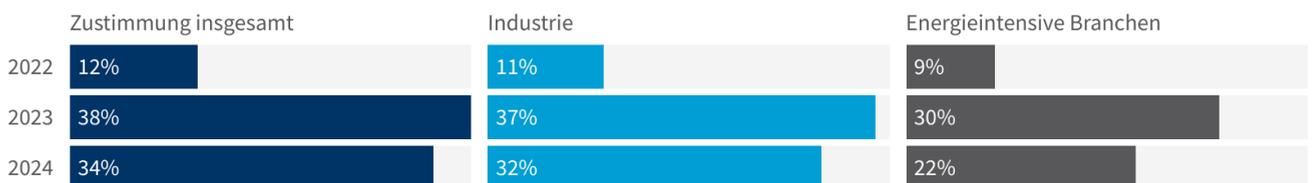
„Ich halte Wasserstoffenergie und CCS/CCU für zu teure Irrwege, wenn es keinen internationalen Konsens zu Verwendung und Kosten gibt.“

Emissionshandel

Geteilte Zustimmung erhält bei den politischen Forderungen der weitere Ausbau des Emissionshandels, derzeit geplant als Rücknahme der freien Zuteilung und Verknappung der Zertifikate beim europäischen Emissionshandelssystem 1 sowie als Einbeziehung weiterer Sektoren beim Emissionshandel 2. In allen Branchen geht die Zustimmung zur befragten Maßnahme zurück, besonders stark in den energieintensiven Branchen (Abb. 18).

Abbildung 18: Emissionshandel

Der Emissionshandel sollte weiter ausgebaut werden, auch wenn dadurch die CO₂-Preise im nationalen und europäischen Emissionshandel steigen



DIHK

Die Befürchtung der Unternehmen geht dahin, dass der Ausbau des europäischen Emissionshandels zu einer Belastung in den energieintensiven Branchen und der Übergang in den Emissionshandel 2 für Transport und Wärme zu steigenden Preisen für fossile Energie in alle Branchen führen wird. Auch wenn ein Ausbau des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus CBAM die Wettbewerbssituation zwischen der EU und dem Drittland ausgleichen kann, sind viele Unternehmen skeptisch. Ein Industrieunternehmen aus dem Süden formuliert es so:

„Wir stehen im internationalen Wettbewerb. Die Diskussion über den CO₂Preis springt zu kurz. Wenn die Einhaltung der Klimaziele bedeutet, dass unsere Chemie- und Schwerindustrie verschwindet und die CO₂intensiven Vorprodukte aus Drittländern bezogen werden, ohne dass dort gleichermaßen Klimaschutz betrieben wird, dann hilft uns das nicht weiter.“

Und weiter ein Industriebetrieb aus dem Westen:

„Der CBAM als Carbon Leakage Schutzinstrument ist in seiner jetzigen Form nicht geeignet, einen effektiven Carbon Leakage Schutz für die chemische Industrie zu ermöglichen, weil nicht alle Wertschöpfungskettenschritte bis zum Endprodukt und alle direkten und indirekten Emissionen entlang der Wertschöpfungskette erfasst werden. Zudem bietet der CBAM keine Exportausnahme, was europäische Güter auf dem Weltmarkt verteuert und zu einem Wettbewerbsnachteil führt.“

Hier sind vor allem die Europäische Kommission, aber auch Deutschland über den Europäischen Rat und das Europäische Parlament gefragt: Der Emissionshandel ist ein zentrales klimapolitisches Instrument. Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie muss dabei erhalten bleiben. Die Wachstumsinitiative der Bundesregierung nimmt mit einer Ergänzung des CBAM für Exporte die Bedenken der Wirtschaft auf. Es zählt am Ende aber nur eine wirksame Umsetzung.

Anlage: Fragebogen

Die vorliegende Auswertung beruht auf den folgenden Fragen:

Teil I: Statistik

1. Welcher Branche gehört Ihr Unternehmen an?

Industrie

Bau

Handel

Dienstleistung

2. Wie viele Mitarbeiter hat Ihr Unternehmen?

0 – 9

10 – 19

20 – 249

250 – 499

500 – 999

über 1000

3. Wie hoch ist der Anteil Ihrer Energiekosten/Stromkosten am Umsatz?

Antwortkategorien: 0 – 2 % 2 – 4 % 4 – 14 % 14 % und mehr

Energie insgesamt (inklusive Heiz- und Kraftstoffkosten)

Stromkosten

Teil II: Politik

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?

sehr positiv

positiv

neutral

negativ

sehr negativ

keine Einschätzung möglich

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der hohen Energiepreise auf Ihre Investitionen?

Die höheren Ausgaben aufgrund der Stromkosten und/oder Gaspreise führen insgesamt zu:

(Mehrfachnennungen möglich)

Zurückstellung von Investitionen in Kernprozesse

Zurückstellung von Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen

Zurückstellung von Investitionen in Forschung und Innovationen

Verlust der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens am Standort Deutschland

Keine derartigen Auswirkungen

Sonstiges (Freitext)

Was sind die drei größten Hindernisse bei Ihren Transformationsbemühungen für mehr Klimaschutz?

Fachkräftemangel
hohe Energiepreise
fehlende Information bzw. Planbarkeit und Verlässlichkeit in der Energiepolitik
schwierige Finanzierung bzw. fehlendes Kapital
langsame Planungs- und Genehmigungsverfahren bzw. fehlende Infrastruktur
zu viel Bürokratie
Sonstiges

Inwieweit stimmen sie den folgenden politischen Maßnahmen zu, um Energiewende und Klimaschutz sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten?

Antwortkategorien: Stimme voll zu stimme eher zu teils-teils stimme eher nicht zu stimme nicht zu keine Einschätzung

- 1 Der Emissionshandel sollte weiter ausgebaut werden, auch wenn dadurch die CO₂-Preise im nationalen und europäischen Emissionshandel steigen.
- 2 Steuern und Abgaben auf den Strompreis sollten weiter gesenkt werden.
- 3 Der Zugang zu Wasserstoff als Energieträger sollte für Unternehmen aller Branchen und in allen Regionen planungssicher hergestellt werden.
- 4 Neben Wasserstoff, der aus erneuerbarem Strom erzeugt wird, sollte auch CO₂-armer Wasserstoff aus weiteren Herstellungsverfahren am Markt vorhanden sein.
- 5 Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit sollten die Leitprinzipien für Energieeffizienzmaßnahmen sein.
- 6 Die Rahmenbedingungen für Eigenversorgung mit erneuerbaren Energie und Direktlieferverträge sollten verbessert werden.
- 8 Die einheitliche Strompreiszone in Deutschland sollte erhalten bleiben.
- 9 Engpässe bei Übertragungs- und Verteilnetzen sind ein zunehmendes Problem, das durch eine stabile Energieversorgung gelöst werden muss.
- 10 CO₂-Abscheidung, Transport und Nutzung müssen möglich gemacht werden.
- 11 Platz für Ergänzungen (Freitextfeld)

Teil III: Fragen zu Handlungsfeldern in der Energiewende

Wie haben sich Ihre Strom- und Energiepreise in den vergangenen zwölf Monaten entwickelt?

Antwortkategorien: nicht relevant - gestiegen - gleich geblieben - gesunken

Strompreise
Energiepreise für Wärme (Gas, Fernwärme, Heizöl)
Energiepreise für Transport (Benzin, Diesel)

Welche Maßnahmen mit Außenwirkung ergreift Ihr Unternehmen angesichts der Veränderungen in der Energiewirtschaft und -politik?

Antwortkategorien: Keine Angabe - geplante Maßnahme - bereits laufende Maßnahme - bereits realisierte Maßnahme - keine Maßnahme geplant

Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland/Einschränkung der Produktion im Inland